

# Inhaltsverzeichnis

Hinführung zur Thematik	1
<b>1. Kapitel: Die Unschuldsvermutung als Grundlage der Betrachtung</b>	<b>3</b>
A. Die Entwicklung der Unschuldsvermutung –	
Der geschichtliche Hintergrund	3
I. Die Unschuldsvermutung im römischen und griechischen Recht	3
II. Von der Zeit der Karolinger bis ins 13. Jahrhundert	4
III. Die Ansätze von Pufendorf und Thomasius	4
IV. Die Unschuldsvermutung und die Reformbewegung in Frankreich	5
V. Die Entwicklung der Unschuldsvermutung in Deutschland	6
B. Die Unschuldsvermutung und ihre ausdrückliche gesetzliche Verankerung	7
I. Die ausdrückliche Verankerung der Unschuldsvermutung in verschiedenen Landesverfassungen der Bundesrepublik Deutschland	7
1. Die gesetzliche und inhaltliche Ausgestaltung	7
2. Die Auswirkung einer eindeutigen Regelung der Unschuldsvermutung	10
II. Die Unschuldsvermutung als Menschenrecht in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)	13
1. Die gesetzliche Regelung der Unschuldsvermutung – ein Überblick	14
2. Artikel 6 EMRK – Die inhaltliche Ausgestaltung der Unschuldsvermutung	15
a) Das faire Verfahren aus Art. 6 I EMRK	15
b) „Eine Person, die wegen einer Straftat angeklagt ist...“	16
c) ...gesetzlicher Beweis der Schuld	19
d) Rechtsfolge? – Unschuldig gelten	20
e) Die Verfahrensgrundsätze in Art. 6 III EMRK	24

3. Die Rechtsstellung der EMRK in Deutschland	24
a) Der Rang der EMRK in der deutschen Rechtsordnung	25
b) Die Wirksamkeit der Urteile des EGMR gegenüber dem betroffenen Staat	26
c) Die generelle Berücksichtigung der Rechtsprechung des EGMR	30
d) Rechtsfolgen bei Nichtbeachtung der Urteile des EGMR?	32
4. Zusammenfassung und Ergebnisse zur inhaltlichen Ausgestaltung der Unschuldsvermutung	36
a) Die Unschuldsvermutung und die inhaltlichen Rückschlüsse	36
b) Der Einfluss der Konvention und der Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland	37
III. Die Verankerung der Unschuldsvermutung in den Rechtsquellen der Europäischen Union	39
1. Die gesetzliche Regelung im Allgemeinen	40
a) Die Grundrechtecharta der Europäischen Union	40
b) Die EMRK	41
c) Die Unionsgrundrechte	42
2. Die Wirksamkeit der Unschuldsvermutung innerhalb des Unionsrechts	43
a) Unterscheidung zwischen Rechten und Grundsätzen	43
b) Rechtsschutz durch den EuGH – Zuständigkeit des EuGH?	44
aa) Primärrecht der Europäischen Union – Der Grundrechtsschutz durch den EuGH	44
bb) Grundrechte als Abwehrrecht des Einzelnen – Die Problemstellung des Individualschutzes	45
cc) Der Individualschutz im Rahmen des Vorabentscheidungsverfahrens	46
c) Verhältnis zum nationalen Recht	48

aa) Bindung der Mitgliedstaaten an die Charta	48
bb) Durchführung des Rechts der Union	49
cc) Keine Änderung der Zuständigkeiten – Subsidiaritätsprinzip	50
d) Kooperation zwischen EGMR und EuGH	52
e) Änderung der Kooperation aufgrund eines Beitritts zur EMRK?	53
f) Änderung des Individualschutzes aufgrund des Beitritts zur EMRK?	54
<b>3. Die inhaltliche Ausgestaltung</b>	<b>55</b>
a) Grundsätzliche Aussage der Unschuldsvermutung	55
b) Rechtsförmlich erbrachter Beweis der Schuld – gesetzlicher Beweis der Schuld	56
c) Unschuldig gelten – formelle und materielle Auswirkung der Unschuldsvermutung auch in der EU-GRCharta	56
<b>4. Inhaltsbeschreibung der Unschuldsvermutung im Rahmen des Grünbuchs zur Unschuldsvermutung</b>	<b>58</b>
a) Grundlagen und Ziel des Grünbuchs zur Unschuldsvermutung	58
b) Inhaltliche Angaben des Grünbuchs zur Unschuldsvermutung	59
<b>5. Richtlinie zur Stärkung der Unschuldsvermutung</b>	<b>60</b>
a) Grundlagen der Richtlinie	60
b) Inhaltliche Ausgestaltung des Richtlinienentwurfs	61
c) Ergebnis – Erfolg der Richtlinie?	62
<b>6. Das Stockholmer Programm</b>	<b>64</b>
<b>7. Rahmenbeschlüsse und Richtlinien zur Stärkung der Beschuldigtenrechte</b>	<b>65</b>
<b>8. Zusammenfassung – Die Unschuldsvermutung und ihre Wirkung auf europäischer Ebene</b>	<b>67</b>

C. Die Verankerung der Unschuldsvermutung im Grundgesetz und ihre Ausgestaltung durch die Rechtsprechung	68
I. Die Herleitung der Unschuldsvermutung aus dem Grundgesetz	68
II. Inhaltliche Ausgestaltung – formeller und materieller Gehalt der Unschuldsvermutung	70
D. Die Unschuldsvermutung in der rechtswissenschaftlichen Diskussion	73
I. Inhaltliche Ausgestaltung der Unschuldsvermutung	74
1. Unschuldsvermutung als Vermutungsregel	74
a) Vermutungsregel ausschließlich gegen das Vorliegen einer Straftat	74
b) Unschuldsvermutung als allumfassendes Prinzip	76
c) Konsequenzen dieser Ansichten	77
aa) Der Tatverdacht und seine Verwertung	77
bb) Die Zwangsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren	80
cc) Der Nachweis der Schuld bei einer unwiderlegbaren Vermutung	80
2. Unschuldsvermutung als prozessuale Absicherung des Schuldgrundsatzes	81
a) Inhaltliche Ausrichtung der Unschuldsvermutung	81
b) Konsequenzen dieser Ansicht	83
aa) Die strafähnlichen Maßnahmen	83
bb) Die verfahrensmäßige Sicherung des materiellen Schuldprinzips	86
3. Unschuldsvermutung nach der Ansicht von Sax und Fletcher	87
4. Die Unschuldsvermutung als Grundrecht	90
II. Die Ergebnisse	94
1. Die Gewährleistung zur Durchführung eines Strafverfahrens	94
2. Die Maßnahmen im Ermittlungsverfahren	95
3. Der materielle Gehalt der Unschuldsvermutung	96

E. Die Unschuldsvermutung und das Zusammenspiel mit anderen Verfassungsprinzipien	97
I. Der Beschleunigungsgrundsatz und der Grundsatz des fairen Verfahrens	97
II. Die Abgrenzung zu anderen Grundsätzen und Prinzipien	100
F. Die Unschuldsvermutung und ihre Adressaten – Wen trifft die Verhaltensregel?	102
I. Die staatlichen Beteiligten eines Strafverfahrens	102
II. Die mediale (Aus-)Wirkung der Ermittlung	104
1. Die Verdachtsermittlung	104
2. Die Verdachtsberichterstattung	105
a) Die Rolle der Unschuldsvermutung	105
b) Die Wirkung der Unschuldsvermutung	107
c) Berichterstattungen durch Ermittlungsbehörden	110
III. Ergebnis	112
G. Zusammenfassung und Ergebnis – Die Unschuldsvermutung und ihre Auswirkung	113
I. Der Status quo zur Unschuldsvermutung	113
II. Die Unschuldsvermutung als Verhaltensregel und ihr aktiver Einbezug bei Grundrechtseingriffen gegenüber einem noch nicht verurteilten Beschuldigten	114
<b>2. Kapitel: Die Untersuchungshaft, ihre Anordnung und das Spannungsverhältnis zur Unschuldsvermutung</b>	119
A. Die Bedeutung der Unschuldsvermutung im Strafverfahren	119
B. Die Durchführung eines Strafverfahrens – Tatverdacht und Zwangsmaßnahmen – eine Bewertung aus dem Blickwinkel der Unschuldsvermutung	121
I. Der Tatverdacht als Ausgangspunkt für die Durchführung eines Strafverfahrens	122

1. Die verschiedenen Stufen des Tatverdachts	122
2. Das Verhältnis zwischen Tatverdacht und Unschuldsvermutung im Allgemeinen	123
II. Die Zwangsmaßnahmen im Rahmen des Ermittlungsverfahrens – Ein Überblick der verschiedenen Eingriffsmöglichkeiten im Rahmen der StPO	126
III. Die Untersuchungshaft und ihre rechtliche Einordnung	127
1. Allgemeine Bedeutung des Instruments Untersuchungshaft für die Strafverfolgung	127
2. Grundgedanken und Ziele der Untersuchungshaft	129
3. Die Untersuchungshaft und das Verhältnis zur Strafe	131
4. Die Untersuchungshaft als „vorweggenommene Strafe“?	134
5. Die Untersuchungshaft und ihre soziale Missbilligung	136
6. Gesamteinschätzung – die Untersuchungshaft	138
a) Die Untersuchungshaft als Strafe bzw. strafähnliche Maßnahme	138
b) Die Untersuchungshaft und das Spannungsverhältnis zur Unschuldsvermutung	140
C. Die Voraussetzungen zur Anordnung der Untersuchungshaft	140
I. Die formellen Voraussetzungen	140
1. Der Erlass eines Haftbefehls § 114 StPO	140
2. Die Informations- und Belehrungspflichten	142
a) Die Aushändigung des Haftbefehls	142
b) Die Belehrungspflicht § 114 b StPO	143
c) Die Benachrichtigungspflichten §§ 114 c, d, e StPO	144
3. Vorführung zur Vernehmung	144
II. Die materiellen Voraussetzungen	148
1. Der Tatverdacht	148
a) Die Bildung eines Verdachts und der Rückschluss zur Unschuldsvermutung	148
b) Der dringende Tatverdacht – eine allgemeine Formulierung	150

c) Die zeitliche Komponente des dringenden Tatverdachts	152
d) Der Beurteilungsspielraum und seine gerichtliche Überprüfbarkeit	153
e) Lösungsvorschlag – Präzisierung der RiStBV	154
2. Die Haftgründe des § 112 II StPO	157
a) Flucht, § 112 II Nr. 1 StPO	158
b) Fluchtgefahr, § 112 II Nr. 2 StPO	159
c) Verdunkelungsgefahr, § 112 II Nr. 3 StPO	162
3. Die Schwere der Tat § 112 III StPO	164
4. Die Haftgründe des § 112 a StPO	165
5. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	170
III. Die Regelungen der EMRK zur Untersuchungshaft	173
 D. Die Haftgründe aus §§ 112, 112 a StPO im Lichte der Unschuldsvermutung	176
I. Die Haftgründe der Flucht/Fluchtgefahr und Verdunkelungsgefahr	176
1. Die Regelungen in § 112 II StPO	176
2. Die Fluchtgefahr in Art. 5 I lit. c EMRK und die Verdunkelungsgefahr als fortdauernder Grund für die Festnahme	179
II. Die Schwere der Tat § 112 III StPO	180
1. Die erweiterten Voraussetzungen des Bundesverfassungsgerichts – Eine verfassungskonforme Auslegung der Norm?	180
a) Probleme in der Anwendung des Haftgrundes	181
b) Die Aspekte der Unschuldsvermutung im Lichte des Haftgrundes	182
2. Die Lösung: Eine Konkretisierung	185
3. Die Schwere der Tat aus Sicht der Konvention	186
III. Die Wiederholungsgefahr § 112 a StPO	187
1. generelle Zielrichtung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr	187

2. Kritikpunkte zur Verfassungsmäßigkeit der Norm aus den Reihen der Literatur	188
3. Die Ansicht des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit der Norm	189
4. Die Wertung der Probleme	189
a) Die mögliche Strafwirkung der Haftgründe	190
b) Die Verlegung in das Polizeirecht aufgrund mangelnder Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers	193
c) Neuformulierung de lege ferenda?	195
5. Der Einfluss der Konvention – die Präventivhaft aus Art. 5 I c EMRK	196
IV. Zusammenfassung und Ergebnis	197
 E. Die ungeschriebenen Haftgründe	198
 F. Lösungsvorschläge, um die Unschuldsvermutung zu stärken und dem Missbrauch der Haftgründe zu begegnen	201
I. Berücksichtigung der Unschuldsvermutung als eine gesteigerte Anforderung des Verhältnismäßigkeitsprinzips	202
II. Änderung der RiStBV – Rechtssicherheit – Argumentationshilfe	204
 G. Die verfahrensrechtlichen Handlungsmöglichkeiten gegen eine Untersuchungshaft	208
I. Die Haftprüfung § 117 StPO	208
II. Die besondere Haftprüfung nach §§ 121, 122 StPO durch das Oberlandesgericht (OLG)	210
III. Die Haftbeschwerde	213
IV. Zusammenfassung und Ergebnis	214
1. Die Ausgangslage: Ziele, die mit einer Haftbeschwerde bzw. Haftprüfung erreicht werden	214
2. Die Rolle der Unschuldsvermutung	215
3. Geltendmachung einer Verletzung der Unschuldsvermutung	216

H. Die Rolle des Verteidigers im Ermittlungsverfahren – gleichzeitig eine Stärkung der Unschuldsvermutung	218
I. Die Beiordnung eines Verteidigers	218
II. Das Akteneinsichtsrecht	220
III. Ein Ergebnis – die Stärkung der Unschuldsvermutung durch Verbesserung der Verteidigerrechte	224
 I. Probleme der Untersuchungshaft bei grenzüberschreitenden Sachverhalten	 224
I. Der europäische Haftbefehl	225
II. Ein weiteres Instrument im Rahmen der gegenseitigen Anerkennung von Strafsachen – Die Europäische Überwachungsanordnung	227
III. Grünbuch zur Anwendung der EU-Strafrechtsvorschriften im Bereich des Freiheitsentzugs	230
IV. Ein Ergebnis	235
 J. Zusammenfassung und Ergebnis - Die gesetzliche Ausgestaltung der Untersuchungshaft und ihre Grenzen	 235
 <b>3. Kapitel: Die Unschuldsvermutung und der Untersuchungshaftvollzug</b>	 239
A. Reichweite und Grenzen der Unschuldsvermutung im Untersuchungshaftvollzug	240
I. Die Geltung der Unschuldsvermutung im Vollzug – Die Regelungen zum Strafvollzug	240
II. Die gesetzlichen Grundlagen für den Vollzug	242
1. Die Anordnung von Beschränkungen in der Untersuchungshaft - § 119 I StPO	243
a) Zuständigkeit des Bundes – Anordnung durch das Gericht	243
b) Grundgedanke der Anordnungen und ihre Grenzen – eine Übersicht	244
c) Die Anordnung von Disziplinarmaßnahmen	247

2. Die Regelung des Vollzugs (im engeren Sinne) durch den Landesgesetzgeber Thüringen – auch eine Darstellung deren Entwicklung	249
3. Die Empfehlungen des Europarates	250
4. The European Committee of the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) – Das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe	253
5. Die Konvention und die Rechtsprechung des EGMR	254
<b>III. Die Untersuchungshäftlinge im Vollzug – Die Regelungen im ThürJVollzGB im Vergleich und eine Darstellung ihrer Grenzen</b>	<b>256</b>
1. Die Unterbringung von Untersuchungshäftlingen – Der Trennungsgrundsatz als Voraussetzung?	256
a) Die getrennte Unterbringung in verschiedenen Anstalten bzw. Abteilungen	256
b) Die Einzelunterbringung in den Haftzellen während der Einschlusszeiten als zu gewährendes Minimum	261
2. Die Einschlusszeiten	263
3. Weitere Beispiele für die zurückhaltende Berücksichtigung der Unschuldsvermutung im Untersuchungshaftvollzug	266
a) Der erste Schritt - Die Aufnahme in die Haftanstalt	266
b) Der Vollzugsalltag eines Untersuchungshäftlings – Die Gestaltungsgrundsätze	267
c) Der Kontakt zu Dritten – im Besonderen die Besuchszeiten	269
d) Der Paketempfang	272
e) Die Arbeitspflicht und die Gelegenheit zur Arbeit	274
f) Die Kleidung der Untersuchungshäftlinge	275
4. Der unbestimmte Rechtsbegriff der Sicherheit und Ordnung als Rechtfertigungsmöglichkeit für Beschränkungen im Untersuchungshaftvollzug	275
5. Fazit: Die Regelungen im ThürJVollzGB im Vergleich zum vormaligen ThürUVollzG	279

B. Einblick in die Hausordnungen der Justizvollzugsanstalten	281
I. JVA Gera	281
1. Die Unterbringung der Gefangenen	282
2. Die hygienischen Bedingungen in der Anstalt	283
3. Die Einschluszeiten in der Anstalt – der Tagesablauf	284
4. Die Kommunikation der Gefangenen nach Außen – insbesondere Schriftwechsel und Paketempfang	285
5. Die Besuchsregelungen	286
6. Ein Fazit zur Hausordnung der JVA Gera	286
II. JVA Goldlauter	287
1. Die Unterbringung der Gefangenen	287
2. Arbeit und Freizeit	289
3. Hygienischen Bedingungen, Kleidung und Wäsche	290
4. Die Kommunikation nach außen	291
5. Ein Fazit zu den Hausordnungen der JVA Goldlauter	293
III. JVA Tonna	294
1. Die Unterbringung der Gefangenen	294
2. Tagesablauf	296
3. Der Einkauf	296
4. Kommunikation nach außen	297
5. Ein Fazit zu den Hausordnungen der JVA Tonna	298
IV. Die Berücksichtigung der Unschuldsvermutung in den einzelnen Hausordnungen der Vollzugsanstalten – eine Auswertung	299
C. Die Möglichkeit der Entschädigung einer Zwangsmaßnahme	301
I. Die verschiedenen Anspruchsgrundlagen	301
1. Der Anspruch auf Entschädigung nach dem StrEG	301
2. Der Staatshaftungsanspruch nach § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG	304
3. Der Anspruch aus Art. 5 V EMRK	305
II. Die Ablehnung einer Entschädigung und deren Begründung – Ein Konflikt mit der Unschuldsvermutung?	305

D. Zusammenfassung und Ergebnis	309
<b>4. Kapitel: Schlussbetrachtung und Thesen - das Spannungsverhältnis zwischen Unschuldsvermutung und Untersuchungshaft sowie Untersuchungshaftvollzug</b>	<b>312</b>
<b>Anhang</b>	<b>327</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>435</b>